



## Antwort des Staatsrats auf eine Volksmotion

Volksmotion Blaise Fasel / Andy Genoud / Thérèse Luchinger /  
Dominic Tschümperlin / Damiano Lepori-Gauthier

2014-GC-3

### Zur Eindämmung der Verschuldung junger Menschen

#### I. Antwort des Staatsrats

##### Bericht vom 3. September 2013 zur Vorbeugung der Verschuldung Jugendlicher

Mit ihrem am 15. Dezember 2010 eingereichten und begründeten Postulat forderten die Grossräte Eric Collomb und Eric Menoud den Staatsrat auf, das Profil der verschuldeten Personen im Kanton Freiburg zu erstellen, eine Erziehungs-, Informations- und Sensibilisierungspolitik für Jugendliche und junge Erwachsene einzuführen und die Themen Budget und Verschuldung der jungen Menschen in den Sekundar- und Berufsschulunterricht zu integrieren.

Nach der Annahme des Postulats durch den Grossen Rat legte der Staatsrat einen Bericht vor (2013-DSAS-1). Dieser behandelt eingehend verschiedene Themen wie Messung und Analyse des Überschuldungsproblems, Bestandsaufnahme der bestehenden Massnahmen und Aktionsplan 2013–2016 zur Verstärkung der kantonalen Politik für die Prävention und Bekämpfung der privaten Überschuldung. Die Verschuldung der jungen Menschen wird in diesem Bericht eingehend untersucht und behandelt.

##### Existierende Studien

Studien der Fachhochschule Nordwestschweiz auf der Basis von Stichproben von rund 500 jungen Menschen zeigen, dass diese keinen so katastrophalen Umgang mit Geld haben.<sup>1</sup> Rund zwei Drittel der befragten jungen Leute haben keine Schulden. Bei denen, die sich verschuldet haben, betragen die Schulden einige hundert Franken. Eine massgebliche Rolle spielt dabei das Bildungsniveau: 14,5 % der jungen Erwachsenen, die nur die obligatorische Schule besucht haben, weisen kritische Kontoüberzüge oder Zahlungsrückstände auf und 10,8 % ein beträchtliches Verschuldungsrisiko. Diese Prozentzahlen liegen bei jungen Erwachsenen mit einer Ausbildung auf Sekundarstufe 2 bei lediglich 10 bzw. 4,7 % und bei denjenigen mit einer Ausbildung auf Tertiärstufe bei gerade noch 2,9 bzw. 1,4 %.

Anfang Juni 2014 fördert die Juvenir-Studie 3.0 der Jacobs Foundation das Bild einer Schweizer Jugend zutage, die sich planvoll und sparsam im Umgang mit Geld zeigt.<sup>2</sup> Gemäss dieser Studie haben die Jugendlichen genug Geld und gehen verantwortungsvoll damit um. Diese Studie zeigt auch, dass über die Hälfte der jungen Menschen zwischen 15 und 21 Jahren noch voll von ihren Eltern abhängig sind und einzig fürs Vergnügen selbst aufkommen müssen. Und schliesslich wird

---

<sup>1</sup> Streuli E., *Verschuldung junger Erwachsener – Zusammenfassung wichtiger Ergebnisse*, Basel, Juni 2007. Streuli E., Steiner O., Mattes C., Shenton F., *Eigenes Geld – Fremdes Geld, Jugendverschuldung in Basel Stadt*, Basel, 2008.

<sup>2</sup> Juvenir-Studie 3.0, durchgeführt von der Prognos AG im Auftrag der Jacobs Foundation: *Geld – (k)ein Thema*, Zürich, Juni 2014.

die von den Medien gerne transportierte und viel diskutierte zunehmende Verschuldung der Schweizer Jugend durch die Juvenir-Studie 3.0 nicht bestätigt.

### **Junge Menschen: Zielgruppe**

Die Schülerinnen und Schüler der Schulen der Sekundarstufe 2 sind eine besonders interessante Zielgruppe für die Prävention. Denn die grosse Mehrheit der Personen in (namentlich beruflicher) Ausbildung ist zwischen 15 und 20 Jahre alt. Diese Schülerinnen und Schüler haben potenziell wichtige Lebensabschnitte, Wendepunkte im Leben zu bewältigen: Erreichen der Volljährigkeit und der finanziellen Selbständigkeit sowie Geburt eines Kindes. Die ersten Erfahrungen mit der Verwaltung eines eigenen Budgets werden in der Regel zu diesem Zeitpunkt gemacht, und es ist äusserst wichtig, dass sich die jungen Leute der Risiken, die auf sie lauern, bewusst sind und dass sie selber in der Lage sind, mit den ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln vernünftige Entscheidungen zu treffen. Daher ist es wichtig, diesen jungen Menschen besondere Aufmerksamkeit zu widmen, ihnen konkrete, nützliche Informationen zur Verfügung zu stellen und sie auf die Ressourcen aufmerksam zu machen, die ihnen bei Bedarf zur Verfügung stehen.

### **Massnahmen an Gymnasien, Fachmittelschulen und Handelsmittelschulen**

Der Unterricht «Einführung in Wirtschaft und Recht», der im ersten Gymnasialjahr, im dritten Jahr der Fachmittelschule und während der gesamten Ausbildung an der Handelsmittelschule erteilt wird, umfasst mehrere Elemente, die es ermöglichen, auf das Thema Verschuldung einzugehen, wie zum Beispiel Budget, Buchhaltung oder öffentliche Verschuldung.

Die Themen Verschuldung und Budgetverwaltung können bei Bedarf oder auf Wunsch der Schülerinnen und Schüler und der Lehrerschaft vertieft werden. Sie werden nach dem Gutdünken der Schule behandelt: unter anderem an informativen Theatervorstellungen, Thementagen, externen Interventionen, Maturitätsarbeiten oder Begegnungen mit Betroffenen.

Die Lehrerschaft, die Klassenlehrpersonen und die Schuldirektionen stehen den Schülerinnen und Schülern jederzeit zur Verfügung, um ihre Fragen zu beantworten oder sie bei Problemen oder Schwierigkeiten zu unterstützen. Die Verantwortlichen der Mediation sind gut ausgebildet und in den Schulen sehr präsent; sie kümmern sich mitunter um Schülerinnen und Schüler, die sich mit Fragen zur Überschuldung an sie wenden. Ihre Geldprobleme sind oftmals mit anderen – vor allem familiären – Sorgen verbunden.

Die Schulen stellen den Schülerinnen und Schülern und ihren Eltern die Anschriften der in Frage kommenden kantonalen Dienststellen wie des Amts für Ausbildungsbeiträge zur Verfügung.

### **Massnahmen an Berufsfachschulen**

Bei den Berufen, für die gemäss den eidgenössischen Vorgaben (Bildungsverordnungen und spezifische Verordnungen) der Lehrplan für den allgemeinbildenden Unterricht (ABU) vorgesehen ist, umfasst dieser bereits zahlreiche Teile, die sich mit dem Umgang mit den eigenen Finanzen und mit der Verschuldungsprävention befassen:

- > Thema 1 (1. Jahr): Budgetverwaltung, 3 Lektionen
- > Thema 2 (1. Jahr): Betreibung, 2 Lektionen
- > Thema 4 (2. Jahr): Familienbudget, 3 Lektionen
- > Thema 6 (2. Jahr): Sparen und Anlegen, 3 Lektionen
- > Thema 6 (2. Jahr): Kredite, Kreditkarten und Garantien, 3 Lektionen
- > Thema 6 (2. Jahr): Verschuldung junger Menschen, 3 Lektionen
- > Thema 7 (3. Jahr): Finanzierung eines Fahrzeugs, 4 Lektionen

- > Thema 7 (3. Jahr): Fahrzeugbenutzungskosten, 4 Lektionen
- > Thema 10 (3. Jahr): Working Poors, 3 Lektionen
- > Thema 11 (4. Jahr): Arbeitslosigkeit und ihre Folgen, 3 Lektionen
- > Thema 11 (4. Jahr): Budget für die Gründung eines gemeinsamen Haushalts, 3 Lektionen

Der Lehrplan für den ABU ermöglicht, diese Themen wenn nötig zu vertiefen, zumal den Lehrpersonen bewusst ist, wie wichtig diese für junge Menschen sind.

Die «öffentlichen und administrativen Verpflichtungen, mit denen junge Menschen konfrontiert sein können» werden im Lehrplan für den ABU ebenfalls behandelt (etwa 30 Lektionen): Kranken- und Unfallversicherungen, Sozialversicherungen, Steuern, Privatversicherungen, Fahrzeugversicherungen, Mietvertrag.

Insgesamt werden mindestens 60 Lektionen speziell dieser Thematik gewidmet.

Für die kaufmännischen Berufe, die dem Lehrplan für den ABU nicht unterstehen (Lehren in den Bereichen Handel und Verkauf), werden diese zwei Themen in den Fächern «Wirtschaft und Gesellschaft», «Volkswirtschaft» und «Betriebswirtschaft» ebenfalls eingehend behandelt.

### **Massnahmen der Caritas**

Im Rahmen eines von der Direktion für Gesundheit und Soziales (GSD) in Auftrag gegebenen Pilotprojekts können sich Schulen und andere Berufsbildungszentren bei Caritas Freiburg für die Organisation von Sensibilisierungskursen für ihre Schülerinnen und Schüler anmelden.

Denn seit 2011 hat die GSD ihre Zusammenarbeit mit Caritas Freiburg intensiviert und ihr ein zusätzliches Mandat zur Verschuldungsprävention bei Jugendlichen mit Sensibilisierungskursen erteilt.

Für den Beginn des Schuljahres 2013/14 wurde das Ziel gesetzt, dass etwa die Hälfte der Schülerinnen und Schüler des zweiten Berufsschuljahres in den Genuss von Sensibilisierungs- und Präventionskursen kommen, die dem Thema Überschuldung gewidmet sind. Ab dem Schuljahr 2014/15 wird Caritas in allen zweiten Klassen Kurse durchführen.

2012 erhielt Caritas Freiburg fast 20 000 Franken aus dem kantonalen Fonds für die Prävention und Bekämpfung der Spielsucht. Für die Weiterführung des Projekts «Verschuldungsprävention bei Jugendlichen» und damit die Hälfte der Klassen des zweiten Berufsschuljahres Sensibilisierungskurse erhalten, hat die GSD im Jahr 2013 einen Betrag von 25 000 Franken zugesprochen, der über den Fonds ausgerichtet wird. Um sämtliche Klassen des zweiten Berufsschuljahres zu erreichen, werden Caritas Freiburg in den Jahren 2014, 2015 und 2016 jährlich 50 000 Franken ausgerichtet.

### **Lehrpläne sind bereits stark befrachtet**

Der Unterricht zur Verschuldungsprävention, wie ihn die Motionärinnen und Motionäre befürworten, ist im Lehrplan der Schulen der Sekundarstufe 2 bereits enthalten.

Trotz der Wichtigkeit dieses Themas und trotz des Interesses, das es hervorgerufen hat, ist es nicht möglich, zusätzliche monatliche Lektionen in den Lehrplan aufzunehmen, die speziell der selbständigen Verwaltung der eigenen Finanzen gewidmet sind, ohne dass dadurch die anderen Unterrichtsfächer in Mitleidenschaft gezogen würden. Daher würde eine im Lehrplan bereits behandelte Thematik auf Kosten anderer, ebenfalls wichtiger Aspekte gestärkt.

Ganz allgemein können die Schulen der Sekundarstufe 2 nicht ständig neue Lektionen in den Lehrplan aufnehmen, um auf sämtliche Gesellschaftsprobleme zu antworten, deren Anzahl ständig wächst und die in besonderem Masse die jüngeren Menschen betreffen (Alkohol, Verkehrsunfälle, AIDS, Drogen usw.).

Zudem sollen die Schulen der Sekundarstufe 2 gemäss dem ersten Ziel des Aktionsplans 2013–2016 des Staatsrats in die Präventionsarbeit gegen die Verschuldung mit einbezogen werden. Dies indem sie den Schülerinnen und Schülern Sensibilisierungsbroschüren verteilen, in denen speziell auf die kritischen Momente des Lebens eingegangen wird; diese Broschüren sind gegenwärtig bei der GSD in Vorbereitung.

Schliesslich sei noch erwähnt, dass eine Motion eine Gesetzesänderung bedingt. Die Unterrichtsfächer sind aber nicht gesetzlich geregelt (unter Vorbehalt des Religionsunterrichts in der obligatorischen Schule aufgrund der Bundesverfassung und des Sportunterrichts, der im Bundesrecht geregelt ist), sondern bilden Gegenstand der Lehrpläne. Die Motion ist daher kein geeignetes Instrument, um das verfolgte Ziel zu erreichen.

### **Schlussfolgerung**

Zum einen wird die Verschuldung der jungen Menschen in den Schulen der Sekundarstufe 2 heute bereits behandelt und zum anderen ist eine Verstärkung der Prävention vorgesehen. Der Staatsrat schlägt Ihnen daher die Abweisung dieser Volksmotion vor.

Der Staatsrat möchte jedoch den jungen Verfasserinnen und Verfassern dieser Motion zu ihrem staatsbürgerlichen Engagement beglückwünschen, zumal sie damit ihr Interesse an einem sensiblen und hochaktuellen Thema bezeugen.

*30. Juni 2014*

- > *Debatte und Abstimmung über die Erheblicherklärung dieses Vorstosses finden sich auf den Seiten XXXff.*